

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	10/2020
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	17.11.2020
Zeit:	19:00 Uhr – 21:30 Uhr
Ort:	Kirchberghalle, Mückenloch
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><u>Grüne</u> Stadträtinnen Geißler, Groesser, Schlüchtermann und Dr. Welter; Stadtrat Katzenstein</p> <p><u>FW</u> Stadträtin Stephanie Streib, Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl, KH Streib und Wachert (ab 19:55 Uhr)</p> <p><u>CDU</u> Stadträtinnen Harant, Oppelt und von Reumont, Stadträte Rupp und Wagner</p> <p><u>SPD</u> Stadträtin Linier und Oehne-Marquard, Stadträte Bergsträsser, Hertel, Keller und Schimpf</p> <p><u>Linke</u> Stadtrat La Licata</p> <p><u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch</p>
weiter anwesend:	Frau Polte (FB1), Frau Henkel (FB2), Herr Möhrle (FB3), Herr Strifler (FB4), Herr Ansorge (FB6)
Mitglieder entschuldigt:	Stadträte Konrad und Bernauer, Stadträtin Weber
Urkundspersonen:	Stadtrat Wagner, Stadtrat La Licata
Sachvortrag:	Kreisforstamtsleiter Manfred Robens zu TOP 2, Herr Glup, Planungsbüro Sternemann + Glup, zu TOP 1
Schriftführerin:	Frau Taag

Bürgerfragestunde

Ein Dilsberger Bürger führt aus, die Stadträte müssten unangenehme Arbeit für den Bürgermeister leisten. Er sei der Auffassung, in der Thematik um den Neubau des Feuerwehrhauses Dilsberg könne keine gemeinsame Lösung mehr gefunden werden und unterstellt, der Bürgermeister würde damit drohen, Bulldozer einsetzen zu lassen, Drohbriefe schreiben und Autoreifen zerstechen lassen. Die Grundrechte, insbesondere Art. 1 und 2 GG, seien nicht mehr gewährleistet.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Bürgerfragestunde dazu genutzt werden müsse, Fragen zu stellen. Dies habe der Bürger nicht getan. Er betont, dass der Gemeinderat nicht für ihn, sondern für die Stadt Neckargemünd arbeite. In der Planung des Neubaus des Feuerwehrhauses Dilsberg seien alle der Demokratie dienenden rechtlichen Vorgaben vollumfänglich eingehalten worden, so habe es zu allen Verfahren eine Offenlage gegeben. Der Bürger zeige sich wiederholt Sachargumenten nicht offen und bringe immer wieder die gleichen Punkte an. Der Bürgermeister macht geltend, dass er sich bei Falschbehauptungen wehre, weil der Ruf der Stadt auf dem Spiel stehe.

Ein Neckargemünder Bürger gibt an, sein Vorredner habe keine Falschbehauptungen aufgestellt. Er fordert „demokratische Grundprinzipien der Transparenz“ hinsichtlich der Ertüchtigung der Neckarriedkopfhütte ein und erkundigt sich nach den Kosten: ob die monatliche Pacht zweihundert Euro betrage, welche Kosten die Wasserversorgung und -entsorgung verursache und ob die Stadt hier als Unternehmer auftrete und der übrigen Gastronomie Konkurrenz mache.

Der Bürgermeister antwortet, dass sich die Kosten der Ertüchtigung auf rund 60.000 Euro belaufen und dieser Betrag im Gemeinderat besprochen und von diesem genehmigt worden sei. Der Pachtvertrag sei eine nichtöffentliche Angelegenheit, für die Stadt sei er günstig, da er an den Umsatz gekoppelt sei. Er sehe weiterhin in der Bewirtschaftung der Neckarriedkopfhütte keine Konkurrenz für andere Betriebe der Stadt. Er habe zumindest nicht wahrgenommen, dass dort weniger los gewesen sei. Im Gegenteil, durch die Hütte seien viele Touristen in die Stadt gekommen. Er betont, dass die Stadt bezüglich der Hütte immer transparent gewesen sei. Die Kosten für die Wasserversorgung und -entsorgung würden über die Nebenkosten abgerechnet.

Der Bürger fragt, ob man die Kosten der Ertüchtigung einsehen könne und bittet Frau Polte, Fachbereich 1: Öffentlichkeitsarbeit, Gremien, ihm hier Einsicht zu gewähren.

Eine Mückenlocher Bürgerin berichtet, sie habe dem Ordnungsamt eine illegale Müllhalde in Mückenloch gemeldet. Mittlerweile sei diese mit drei Containern weitestgehend entsorgt worden. Sie erkundigt sich nach den Kosten des Einsatzes und bittet darum, Exemplare des städtischen Informationsplakates zum Melden von „Wildmüll“ auch in Mückenloch aufzuhängen. Herr Horvath vom Fachbereich 4: Bürgerdienste, Ordnung und Sicherheit, habe gesagt, er habe ihre E-Mail nicht erhalten.

Der Bürgermeister dankt der Bürgerin für die Hinweise. Die Kosten der Entsorgung seien ihm nicht bekannt, vorab habe die Zahl 30.000 Euro im Raum gestanden. Dies zahle „der Steuerzahler“, da kein Verursacher gefunden werden konnte. Die E-Mail an das Ordnungsamt müsse wohl verloren gegangen sein, denn in der Regel würden gemeldete Mülllager schnell entfernt, um weitere Beistellungen zu verhindern.

Die Bürgerin führt an, sie habe diese illegale Müllhalde seit fünf Jahren beim Ordnungsamt angezeigt. Eine weitere Mitarbeiterin der Stadt habe ihre E-Mail erhalten. Sie wünsche sich, die Stadt Neckargemünd solle ihre Aufgabe annehmen, für die Ordnung zu sorgen und auf Bürgerhinweise eingehen. Das Ordnungsamt reagiere auf ihre Hinweise nicht oder nicht schnell.

Der Bürgermeister stimmt zu und weist auf den Landschaftsputztag hin, den er ins Leben gerufen habe. Er verspricht, den Hinweis weiterzugeben und sich bezüglich der benötigten Plakate mit der Ortsverwaltung Mückenloch abzusprechen.

Die Bürgerin fragt des Weiteren, ob das Starkregengutachten bereits vorliege. Sie habe einen höheren Schaden an ihrem Haus, auch weil Wege nicht angelegt worden seien. Sie fragt, in welcher Sitzung das Starkregenmanagement besprochen werde und wann sich die Stadt mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern zusammensetze.

Der Bürgermeister antwortet, das Starkregenmanagement werde voraussichtlich im Dezember auf der Tagesordnung des Gremiums stehen. Er sei auch bereit, mit dem Starkregengutachten in jeden Ortsteil zu kommen und es dort zu besprechen.

Eine Neckargemünder Bürgerin erkundigt sich nach der Wohncontaineranlage im Herrenweg. Hier hätten die Bewohner vor etwa eineinhalb Jahren recht überstürzt ausziehen müssen. Nun würden die Container ungenutzt herumstehen und verrotten. Sie fragt, was hier geplant sei.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Wohncontainer nicht mehr bewohnbar seien. Es habe dort Stromprobleme gegeben, so dass Strom auf den Wänden gewesen sei, daher sei ein schneller Umzug der Bewohnerinnen und Bewohner in die Containeranlage in der Güterbahnhofstraße notwendig geworden. Er habe in der letzten Woche ein Angebot für den Abriss erhalten von weniger als 20.000 Euro. Die Anlage solle noch vor Weihnachten endgültig beseitigt werden.

1: **Vorberatung der Tagesordnung der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd am 18. November 2020**

1.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister schildert Tagesordnung und Unterlagen der anstehenden Sitzung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd. Die Vorlage des FB1 – Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister erläutert, dass nur noch das Integrations-, aber nicht mehr das Klimaschutzmanagement vom Land Baden-Württemberg gefördert würde. Eine Nachbargemeinde werfe der Stadt Neckargemünd vor, Verwaltungs-, Sach- und Raumkosten ungerechtfertigt abzurechnen. Diese würden schon seit 2011 auf die gleiche Art angerechnet, daher verstehe er nicht, warum die Nachbargemeinde dies plötzlich ankreide.

1.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser merkt an, dass die Integrationsmitarbeitenden auch in Bammental tätig seien und fragt, ob auch Bammental hierfür Raumkosten berechne.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Mitarbeitenden in Bammental Beratungen durchführten, ihr Büro sei aber in Neckargemünd. Die Kosten für Ausstattung, Telefon, IT und weiteres trage die Stadt Neckargemünd.

Stadtrat Keller äußert, wenn die Nachbargemeinde dies alles besser und billiger machen könne, dann solle sie dies doch gerne übernehmen.

Der Bürgermeister sagt, der Gedanke sei ihm auch schon gekommen. Er sei jedoch froh, dass Neckargemünd verbandsführende Gemeinde sei. Es werde in allen Gemeindeverwaltungsverbänden so gerechnet wie hier.

Stadtrat Fritsch fragt ob, die Stadt Neckargemünd weiterhin das Salzsilo in der Kriegsmühle belassen dürfe, wenn die Stadt ihre gute Nachbarschaft mit Bammental jetzt gefährde.

Der Bürgermeister erklärt, dass das Salzsilo auf dem Gelände der Straßenmeisterei stehe und dieses gehöre dem Rhein-Neckar-Kreis.

Der Bürgermeister fasst zusammen, dass die Haushaltsführung so wie immer sei. Lediglich der Klimaschutz werde jetzt von Neckargemünd abgerechnet, anstatt dass jede Gemeinde dies selbst mit dem Land verrechne. Neckargemünd zahle sogar 3% zu viel, werde sich hierüber jedoch nicht beschweren. Die großen Synergieeffekte im Gemeindeverwaltungsverband wolle Neckargemünd fortführen. Neckargemünd mache auch andere Aufgaben für die Verbandsgemeinden, die nicht angerechnet würden.

Stadtrat Katzenstein möchte festhalten, dass der Gemeinderat schon mehrfach zu dem Thema diskutiert habe und diesen Tagesordnungspunkt nicht einfach abnicke. Das Thema habe schon mehrfach auf der Tagesordnung gestanden.

Herr Ansorge fügt hinzu, dass die Offenlage der 2. Änderung der 2. Fortschreibung des Flächennutzungsplans ab dem 7. Dezember 2020 bis zum 15. Januar 2021 offengelegt und somit wegen der Feiertage von vier auf sechs Wochen verlängert werde.

1.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig, mit einer Enthaltung, beim TOP 3 folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd am 18. November 2020:

TOP	Beratungsgegenstand	Zustimmung	Ablehnung
1.	Genehmigung des Protokolls Nr. 1/2020 vom 17. Juni 2020	X	
2.	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2021	einstimmig	
3.	2. Änderung der 2. Fortschreibung des Flächennutzungsplans: Billigung des Entwurfes und Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Absatz II BauGB	einstimmig bei einer Enthaltung	
4.	Satzungsbeschluss: Aufhebung der Gutachter-Gebührensatzung des Gutachterausschusses Neckargemünd	einstimmig	

5.	Mitteilungen und Anfragen	Kein Beschluss nötig
----	---------------------------	----------------------

2: **Waldhaushalt 2021**

2.1: **Sachvortrag:**

Kreisforstamtsleiter Manfred Robens präsentiert den Waldhaushalt 2021. Die Tischvorlage des FB3 – Finanzen sowie die Präsentation sind dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Robens führt dabei aus, dass im laufenden Jahr bisher 23% des Holzeinschlags auf die „zufällige Nutzung“ bzw. Zwangsnutzung entfiel. Dies sei Folge der Trockensommer 2018 und 2019. Diese Anteile stiegen kontinuierlich an. Sämtlicher Holzeinschlag der Fichten sei fast komplett zufällige Nutzung, etwa 300 Festmeter aufgrund des Borkenkäfers und 200 Festmeter wegen Sturmschäden. Bei der Buche seien 18% zufällige Nutzung. Es sei zu beobachten, dass alte Buchen von der Spitze abwärts absterben und dieses trockene Holz werde im Herbst bei Sturm abgeworfen. Es habe zudem eine enorme Buchenmast in diesem Jahr gegeben, diese koste den Baum viel Energie, so dass zu beobachten bleibt, wie sich die Buchen im Jahr 2021 entwickelten.

2019 habe das Kreisforstamt mit der Pflanzung klimatauglicher Bäume wie Douglasien und Eichen begonnen. Der Einsatz von Wuchshüllen solle dem Rehverbiss vorbeugen. Die Hüllen wirkten zudem als Treibhauseffekt, sammelten Tau und spendeten somit etwas mehr Feuchtigkeit für die jungen Bäume.

Ein großer Vollernteeinsatz von 2018 sei erst 2019 verkauft worden. Daher habe man mehr Einnahmen als geplant gehabt. Mehrausgaben seien entstanden durch den Kampf gegen den Borkenkäfer und Verkehrssicherungsmaßnahmen im Bereich Dilsberg, die teurer als einkalkuliert geworden seien.

(Stadtrat Wachert kommt um 19:55 Uhr zur Sitzung)

2020 sei der Holzeinschlag mit etwa 4400 Festmetern weniger als geplant. Die Marktwerte seien derzeit schlecht, gerade Fichtenholz ließe sich gerade so gut wie gar nicht verkaufen. Bisher habe man 18% zufällige Nutzung durch den Frühjahrssturm Sabine von Mitte Februar. Nur 21 Festmeter Zwangsnutzung seien wegen des Borkenkäfers angefallen. Dies sei dem Projekt „Waldretter“ des Försters Uwe Reinhard zu verdanken, das hervorragend laufe und sich bewehre.

Das Ergebnis werde sich 2020 noch verbessern, da noch ein Holzeinschlag ausstehe, so dass in etwa das geplante Defizit erreicht werde. Das Kreisforstamt bemühe sich, auch die Ausgaben niedrig zu halten.

Stadtrat Katzenstein fragt nach einem Beispiel.

Herr Robens antwortet, Geld werde beispielsweise im Wegebau und bei der Jungbestandpflege eingespart, die noch um ein bis zwei Jahre geschoben worden sei. Weiter führt Herr Robens aus, dass der Klimawandel da sei. Die Durchschnittstemperatur im Rhein-Neckar-Kreis sei gestiegen, Niederschläge gesunken. Insbesondere die Entwicklung im Dürremonitor sei dramatisch.

Der Plan für das Jahr 2021 sieht ein Defizit von 17.000 Euro vor. Der Buchstabe L, Wegesicherung, beziehe sich auf anstehende Arbeiten entlang der Bahngleise. In den Verwaltungskosten, Buchstabe N, von knapp 60.000 Euro sei eine indirekte Förderung des Landes von etwa 11.000 Euro verrechnet.

Weitere mögliche Fördermaßnahmen seien noch nicht eingepreist, solange die Bewilligungsbescheide noch nicht vorlägen. Es sei mit Geld für Sturmschäden und weitere im Bereich „Naturnahe Waldwirtschaft“ zu rechnen. Etwa 15.000 Euro könnten durch Förderungen eingetrieben werden. Der Bund habe eine Nachhaltigkeitsprämie auf den Weg gebracht und würde wahrscheinlich einmalig 100 Euro pro Hektar zahlen.

2.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister merkt an, dass der Forsthaushalt 2020 unter den gegebenen Umständen noch sehr gut ausfallen sei. In Neckargemünd werde seit Jahrzehnten gute Waldarbeit geleistet.

Stadträtin Dr. Welter dankt Herrn Robens für den Vortrag und die informative Waldbegehung im September. Sie fragt, ob der zufällige Holzeinschlag mit dem Planeinschlag verrechnet werde, so dass die insgesamt geplanten Festmeter gleich blieben.

Herr Robens antwortet, dass dies das Ziel sei, es sich jedoch nicht immer perfekt auf das Jahr planen ließe. Bei einem Sturm im Dezember beispielsweise ließe sich die zufällige Nutzung nicht mehr ausgleichen. Im Zehnjahresschnitt solle die Zwangsnutzung aber ausgeglichen werden.

Stadträtin Dr. Welter fragt, ob es sinnvoll wäre, im Zehnjahresplan weniger Festmeter einzuplanen.

Herr Robens erläutert, dass es zu diesem Thema Studien gäbe, die besagen, dass wenn man mehr Bäume wegnehme, man für den Regen mehr Möglichkeiten schaffe, besser in den Boden einzudringen. Ein weiterer Aspekt der Durchforstung sei, die verbleibenden Bäume zu stabilisieren, um auf Stürme vorbereitet zu sein. In Puncto CO₂-Speicherung sei die Holznutzung auch die sinnvollere Maßnahme, als das Holz im Wald verrotten zu lassen, da bei Letzterem CO₂ freigesetzt werde.

Stadtrat Rehberger bedankt sich für den klar strukturierten Vortrag und verliest die Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler. Bei der Waldbegehung sei eindrucksvoll dargelegt worden wie sich verschiedene Aspekte wie Klimawandel mit Trockenheit, Borkenkäfer und fragiler Holzmarkt auf die Arbeit des Kreisforstamtes auswirkten. Die Weichen für die Zukunft seien mit dem buchenlastigen Mischwald richtiggestellt. Mit Holz sei nicht mehr so sicher Geld zu machen, wie in der letzten Dekade. Mit dem geplanten Defizit für 2021 könne die Fraktion der Freien Wähler gut leben und dieses als „rote Null“ verbuchen. Der Wald sei nun mal Natur und es gäbe immer wieder Überraschungen. Der Wald diene auch als Erholungs- und Freizeitraum. Daher solle auch der Sinnenpfad weiter ertüchtigt werden. Die Fraktion der Freien Wähler stimmen dem Haushaltsplan zu.

Stadträtin Oppelt sieht den Wald in guten Händen. Die CDU-Fraktion bedanke sich beim Kreisforstamt, auch für die guten Führungen durch den Wald. Die Belastung durch den Borkenkäfer sei geringgehalten worden, das spreche für den guten Einsatz. Dem Haushaltsplan stimme die CDU-Fraktion zu.

Stadtrat Schimpf führt aus, dass der Gemeinderat durch die Waldbegehung beim Forsthaushalt von der Theorie in die Praxis komme. Die Verluste hielten sich im überschaubaren Rahmen. Er habe sich persönlich überzeugt, dass es gelungen sei, Wasser in den angelegten Gräben zu halten, selbst in Zeiten allgemeiner Trockenheit. Das Kreisforstamt reagiere auch mit dem Holzeinschlag sehr flexibel auf die Gesamtlage. Er habe vor ein paar Monaten einen Brief von zwei Bürgerinnen aus dem Wiesenbacher Tal erhalten, in dem sie fragen, ob eine Entnahme von 93 Buchen im Wald oberhalb der SRH geplant sei. Es handele sich um stattliche Bäume mit großem Durchmesser und einem geschätzten Alter von 150-200 Jahren. Die Bürgerinnen fragen, wann diese entnommen werden sollen, aus welchen Gründen, wer davon in welcher Höhe profitiere und welche Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen seien. Stadtrat Schimpf habe geantwortet, dass der Gemeinderat mit den Leitlinien des Kreisforstamts sehr zufrieden sei, und habe die Bürgerinnen an Herrn Reinhard verwiesen.

Herr Robens antwortet, Förster Reinhard habe bereits schriftlich und mündlich auf die Anfrage geantwortet. Die Bürgerinnen seien bei der Veranstaltung „Frag den Förster“ dabei gewesen und Herr Reinhard habe eine der beiden als Waldretterin angeworben. Es stimme, dass an der genannten Stelle 150jährige Buchen geerntet werden sollen, nicht aus rein finanziellen Gründen, sondern zur Naturverjüngung. Nachrückende Waldgenerationen bräuchten Licht und Luft, insbesondere die Kirsche. Buchen hätten sehr dichtes Blattwerk und gefährdeten so die Verjüngung. Kirschbäume und weitere Neupflanzungen seien trockenheitsbeständiger. Die genannten Buchen seien von den Vorvorgängern gepflanzt und gepflegt worden, damit unsere Generation sie ernten können - so wie heute für die zukünftigen Generationen Bäume angepflanzt würden. Es gäbe Naturhabitate, wo alte Bäume unbewirtschaftet stehen gelassen würden, zum Beispiel im Bannwald.

Stadtrat La Licata dankt den Förstern, Waldarbeitern, Waldretter*innen. Er stimme dem Beschluss zu. Für ihn sei es in Ordnung, wenn sich Erträge wirtschaftlich nicht erzielen ließen, da der Wald als Naherholungsort diene und wichtig für Klima und Stadtklima sei.

Stadtrat Fritsch fragt nach, ob die Wuchshüllen gegen den Verbiss gemacht seien.

Herr Robens bejaht dies und ergänzt, dass sie auch das Anwachsen erleichtern.

Stadtrat Fritsch fragt, ob junge Bäume ansonsten eingezäunt würden.

Stadtrat Robens erklärt, dass die Förster versuchten, so wenig wie möglich einzuzäunen, sondern eher mit Hüllen zu arbeiten.

Stadtrat Fritsch sagt, er gäbe dem Kreisforstamt für die vorgelegten Inhalte die Schulnote 1. Er fragt, wieso es keine Angaben zur Jagd, Buchstabe F, und zu Schutzfunktionen, Buchstabe J, gäbe.

Herr Robens erklärt, dass die Jagd- und Pachteinahmen nicht Teil des Waldhaushalts seien.

Stadtrat Fritsch fragt, wieso die Neckarriedkopfhütte nicht im Forsthaushalt enthalten sei.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Neckarriedkopfhütte nicht zum Waldhaushalt gehöre, sondern ein Gebäude sei, das die Stadt verpachte.

Stadtrat Fritsch sagt, der Wald werde immer mehr aufgesucht, Wege müssten hergerichtet werden und fragt, ob man da vom Land eine Förderung bekommen könne.

Stadtrat Robens sagt, dass das gerade Land neue Förderrichtlinien „Naturnahe Waldwirtschaft“ aufgelegt habe. Das Kreisforstamt schaue genau darauf, alles zu nutzen, das für den Neckargemünder Wald möglich sei.

Stadtrat Fritsch sagt, er stimme zu, wie alle Jahre zuvor.

Stadträtin von Reumont fragt, welche Einzelmaßnahmen im Umgang mit der Dürre ergriffen werden und ob es ein Gesamtkonzept gäbe. Sie spricht die finanziellen Einsparungen im Wegebau an und bittet, den Unteren Bachhangweg, der als Fahrradweg genutzt werde, weiter herzurichten.

Stadtrat Robens verspricht, Herr Reinhard um entsprechende Rückmeldung an sie zu bitten.

Die Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg in Freiburg erarbeite Konzepte mit neuen nicht-einheimischen Baumarten und auch zum dürregerechten Umgang mit heimischen Baumarten. Die gesamte Forstwissenschaft arbeite an diesem Thema. Vor Ort gäbe es große Abweichungen aufgrund von verschiedenen Böden, Gegenspielern wie Insekten und vieles mehr, daher müsse man auch selbst mit einzelnen Baumarten experimentieren, zum Beispiel der Libanon-Zeder. Die Versuche seien nicht für die große Fläche geeignet und jetzt noch nicht sinnvoll. Bei Forstkulturen in der Rheinebene müsste schon mehrfach im Jahr durch Feuerwehren beregnet werden.

Der Bürgermeister schlägt vor, diese Überlegungen konkret zum Standort Neckargemünd in die nächste Waldbegehung aufzunehmen.

Stadtrat Katzenstein schildert, für die Partei der Grünen gehöre die Liebe zum Wald zur DNA. Er fragt, ob Herr Robens etwas zu den unterschiedlichen Zertifizierungsvarianten sagen könne. Zudem sprach er an, das Kreisforstamt plane neue Douglasien zu pflanzen. Ein Bericht aus Nordrhein-Westfalen besage, Douglasien wiesen eine geringere Artenvielfalt u.a. an Insekten, Flechten und Pilzen aus. In der Schweiz dürften keine Biotope in einem Umkreis von 100 Metern zu Douglasien angelegt werden. Er fragt, ob es Alternativen zur Douglasie gäbe.

Herr Robens schildert, die beschriebene Invasivität der Douglasie läge nur bei bestimmten Standorten vor, wie trockenwarmen Standorten im Sandsteinbereich. Im Rhein-Neckar-Kreis sei diese Invasivität der Douglasie nicht festzustellen, im Gegenteil, sie ließe sich nicht oder nur an bestimmten Stellen natürlich verjüngen. In Neckargemünd liefe sie nicht aus dem Ruder, sondern müsse sogar gepflanzt werden. Aus seiner Erfahrung sei sie nicht invasiv. Es würden darüber hinaus keine Douglasien-Reinbestände angebaut. Die Artenarmut sei dadurch auch nicht zu befürchten, er erhoffe sich, dass es sogar artenreicher werde.

Die Stadt Neckargemünd habe das PEFC-Zertifikat. Es koste 18 Eurocent pro Hektar Holzboden und somit etwa 146 Euro im Jahr. Der Zertifizierende käme in gewissen Zeitabständen und beurteile, ob es verlängert werden könne.

Beim FSC-Zertifikat komme es je nach Strukturen zu Kosten zwischen 1,40 und 2,50 Euro pro Hektar Holzboden, also zwischen 1.140 und 2.000 Euro pro Jahr. Die Kriterien der beiden Zertifikate seien mittlerweile ähnlicher. Als Betriebsleiter sei für ihn das PEFC-Zertifikat deutlich angenehmer, da es nicht so dokumentationsintensiv

sei. Das FSC-Zertifikat erfordere einen enormen Verwaltungsaufwand, wie er aus seinen Erfahrungen im Staatswald, mit Audits im Wald, wisse.

Stadträtin Schlüchtermann fragt, ob die Zukunftsbäume besonders markiert würden, so dass man sie im Wald erkennen und beispielsweise Kindern zeigen könne, dass sie diese Bäume noch ihren Enkeln zeigen können.

Herr Robens sagt, Herr Reinhard markiere die Zukunftsbäume im Neckargemünder Wald meist mit einem blauen Punkt. Diese Bäume sollen von den Waldmitarbeitern freigestellt werden, damit sie eine große Krone bekommen.

Stadtrat Fritsch fragt nach Schädlingen im Wald. Er habe welche an Kastanien entdeckt.

Herr Robens bestätigt, es habe sich eine bestimmte Pilzart blitzschnell verbreitet. Sie sei nicht sehr schädlich für die Esskastanie.

2.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Waldhaushalt 2021 einstimmig zu wie folgt:

Produkt 5550, Forstwirtschaft

Sachkonto	Erträge	Betrag in €
342100000	Erträge aus Verkauf	329.000
34210100	Vermischte Erträge	<u>22.800</u>
		351.800

Sachkonto	Aufwendungen	
40000000	Personalaufwendungen	124.600
42220000	Erwerb von geringw. Vermögensgegenständen	10.500
42710100	Ernte von Forsterzeugnissen	129.600
42710200	Kulturen	2.800
42710200	Forstschutz	3.000
42710500	Erschließungen	16.000
42710600	Sozialfunktion	10.300
42220000	Maschinen und Fuhrpark	13.400
44410000	Steuern, Abgaben, Versicherungen	13.400
44520000	Erstattung Verwaltungs- u. Betriebsausgaben	<u>58.600</u>
		368.800

3: **Änderung der Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften vom 02.05.2017 – Änderung der Anlage 1 (Objekt- und Gebührenverzeichnis)**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 4 – Bürgerdienste, Ordnung, Sicherheit ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

3.2: **Beratung:**

Stadtrat Katzenstein erkundigt sich nach den teilweise sehr hohen Abweichungen der Gebühren im Vergleich zum Vorjahr. Diese gingen von 80 Prozent Steigerung bis zu 30 Prozent Minderung.

Der Bürgermeister erläutert, dass sich Herr Horvath explizit an die Betriebskosten gehalten habe. Die Stadt dürfe auch nicht anders berechnen als die tatsächlich angefallenen Kosten. Diese seien oft auch von der Nutzung und Belegung pro Person abhängig. Herr Horvath könne nach seinem Urlaub nochmal konkretere Auskunft geben.

Stadtrat La Licata fragt, wie viele Obdachlose derzeit in Neckargemünd lebten und wie die Belegungsquote der Unterkünfte sei.

Der Bürgermeister antwortet, dass es in etwa zwischen 20 und 25 Obdachlose derzeit in Neckargemünd gäbe. Die genaue Zahl habe er nicht im Kopf. Die Gebäude seien annähernd voll belegt mit einer kleinen Reserve. Aktuell gäbe es keine oder wenig Zuweisung von Geflüchteten. Zudem versuche die Stadt Wohnraum zu akquirieren um Geflüchtete in Privatwohnungen unterzubekommen.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die Änderung der Anlage 1 (Objekt- und Gebührenverzeichnis) einstimmig.

Die Tagesordnungspunkte 4 und 5 werden auf die Sitzung am 8. Dezember 2020 verschoben, da sie nicht auf der schriftlichen Einladung zu dieser Sitzung angeführt waren und somit heute nicht beschlussfähig wären:

4: **Antrag der Freien Wähler - Fraktion vom 11.08.2020: Fotovoltaikanlagen in der Altstadt**

5: **Interfraktioneller Antrag auf Einrichtung von Zehner-Parkkarten für bewirtschaftete Parkplätze in der Stadt Neckargemünd**

6: **Mitteilungen und Anfragen**

6.1: **Planung der Altstadtsanierung**

Stadträtin Groesser erinnert daran, rechtzeitig mit der Altstadtsanierung in die nächste Phase zu gehen. Die Planung sei schon viele Jahre alt und die Zeiten hätten sich geändert. Sie bittet darum, die Planung nochmal im Gremium zu besprechen.

Der Bürgermeister sagt, angesichts der finanziellen Situation der Stadt in den nächsten drei Jahren sehe er keine Chance für die nächste Phase der Altstadtsanierung. Die Stadtverwaltung versuche gerade, überhaupt einen genehmigungsfähigen Haushalt 2021 zusammenzustellen. Landauf, Landab sehe es

derzeit desaströs aus. Da die Finanzlage 2019 „zu gut“ gewesen sei, fallen etwa 1,5 Millionen Euro an Einkommenssteuerzuweisung weg.

Er stimmt zu, dass sich vieles geändert habe. Er sieht ein, dass es sinnvoll sei, die Planung nochmal zu besprechen. Aber damit könne nicht 2021 angefangen werden. Stadträtin Groesser bittet darum, frühzeitig mit der Planung zu beginnen, da der Prozess beim letzten Mal sehr langwierig gewesen sei.

6.2: **Kartonage-Container vor dem Bauhof**

Stadträtin Groesser fragt, auf wessen Initiative der Kartonage-Container vor dem Bauhof aufgestellt worden sei.

Der Bürgermeister sagt, dass der Container als Pilotprojekt auf Initiative der AVR Kommunal AÖR gestellt worden, um auf Beistellungen von Kartonagen neben der Grünen Tonne zu reagieren. Der Bauhof schien ein guter Standort für den Container, da eine soziale Kontrolle durch die Bauhofmitarbeiter möglich war. Es habe jedoch unglaublich viele Beistellungen an Kartonagen, aber auch Hausmüll, Windeln und Flaschen gegeben. Das Ordnungsamt habe viele Verursacher recherchiert. Der Bauhof sei wochenlang damit beschäftigt gewesen, den beigestellten Müll nachzuentorgen. Daher hätten Stadt und AVR vergangene Woche entschieden, den Container entfernen zu lassen. 95 Prozent der Bevölkerung hätten den Container korrekt genutzt. 5 Prozent seien leider nicht in der Lage, den Container richtig zu nutzen.

Stadträtin Groesser sagt, ein kostenloser Papiercontainer sei kontraproduktiv. Man sollte eher zum Müllsparen anregen.

Stadtrat La Licata wirft ein, dann würde der Müll im Wald entsorgt.

6.3: **Verlängerung der neuen Linie 37 nach Kleingemünd**

Stadtrat Katzenstein berichtet, ab Januar 2021 gäbe es im Liniennetz der VRN eine neue Linie 37, die den Heidelberger Stadtteil Ziegelhausen mit dem Neuenheimer Feld verbinde. Er sei angeschrieben worden, ob eine Verlängerung der Linie bis Kleingemünd möglich sei.

Der Bürgermeister sagt, er habe beim ersten Gerücht hierzu in Heidelberg nachgefragt. Die Verlängerung nach Kleingemünd wäre ideal. Die Linie könnte bis zum Schwimmbad fahren und am Parkplatz drehen. Dann habe Kleingemünd eine Anbindung im 20-Minuten-Takt ins Neuenheimer Feld. Bisher habe er keine Antwort aus Heidelberg bekommen.

6.4: **Überholverbot in der Altstadt**

Stadtrat Katzenstein berichtet, dass Radfahrer immer wieder in der Altstadt von Autofahrern überholt würden. Autos würden hierzu über den Gehweg und sehr schnell fahren. Es gäbe nun ein neues Verkehrsschild „Überholen von Radfahrern ist verboten“. Er bittet die Aufstellung des Schildes zum Thema der nächsten Verkehrstagfahrt zu machen und auch im Neckarboten auf das Überholverbot hinzuweisen.

Der Bürgermeister weist daraufhin, dass auch Radfahrer keine Autos überholen sollten. Gegenseitige Rücksichtnahme sei erforderlich.

6.5: **Gefährliches Parken am Schulzentrum**

Stadträtin Oppelt trägt eine Anfrage eines Bürgers vor. Am Schulzentrum parkten Autos rechts in Richtung Kastanienberg so, dass Kinder beim Kreuzen der Straße eine ganz schlechte Sicht hätten. Könne man hier einen Übergang sichtbar machen? Der Bürgermeister sagt, diese Stelle sei schon oft Thema bei den Verkehrstagfahrten gewesen. Das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis habe gesagt, das Parken sei dort erlaubt, daher sei die Anbringung eines Parkverbotsschildes nicht möglich. Er fragt das Gremium, ob alle einverstanden sind, den in der Sitzung anwesenden Herrn Matthias Strifler in der Angelegenheit zu hören. Dies wird im Gremium befürwortet. Herr Strifler berichtet, etwas weiter unten in Richtung der Straße An der Münzenbach gäbe es einen verjüngten Bereich, der als Übergang zu sehen sei. Dort werde auch nicht geparkt. Im oberen Bereich habe das Landratsamt mehrfach untersagt, ein Halteverbot aufzustellen. Es gäbe jetzt einen neuen Vorstoß, der auch schon auf der Agenda der nächsten Verkehrstagfahrtstehe: die Feuerwehr habe berichtet, dass sie mit ihren Einsatzfahrzeugen im oberen Kurvenbereich nicht gut durchkomme. Im unteren Bereich, wo die Straße gerade sei, werde das nicht hinzubekommen sein. Eine Kennzeichnung für einen Übergang könne noch mit auf die Agenda genommen werden; das sei bisher noch nicht angedacht worden.

6.6: **Spenden im Schwimmbad**

Stadtrat Keller fragt, ob es schon Informationen gäbe, wie viele Spenden im Schwimmbad gesammelt wurden.

Der Bürgermeister sagt, er habe vom Stadtkämmerer Herr Möhrle, der die Sitzung bereits verlassen hat, noch keine Information bekommen. Die Stadtverwaltung wolle den Gemeinderat hierüber schriftlich informieren.

6.7: **Tore in der Mühlgasse 21 streichen**

Stadtrat Wagner bringt vor, an dem städtischen Gebäude Mühlgasse 21, an dem direkt der Neckarsteig vorbeiführe, verwitterten die Tore. Er bittet hier mit Farbe etwas nachzubessern.

Der Bürgermeister verspricht, dies an den Bauhof weiterzugeben.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat La Licata

Die Schriftführerin

Stadtrat Wagner